

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

107. Sitzung

Berlin, Mittwoch, den 5. Mai 2004

Tagesordnungspunkt 2:

Fragestunde

(Drucksachen 15/3021, 15/3037)

9677 C

Mündliche Frage 3

Petra Pau (fraktionslos)

Umfang der Förderung zusätzlicher Ausbildungsplätze im Ausbildungsprogramm Ost 2004

Antwort

Wolf-Michael Catenhusen, Staatssekretär BMBF

9684 C

Zusatzfragen

Petra Pau (fraktionslos)

9684 D

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Wir kommen zur Frage 3 der Kollegin Petra Pau:

Wie beurteilt die Bundesregierung den Beschluss des viertelparitätisch mit Beauftragten der Arbeitgeber, der Arbeitnehmer, der Länder und des Bundes besetzten Hauptausschusses des Bundesinstituts für Berufsbildung vom 10. März 2004, wonach „der Hauptausschuss keine Möglichkeit sieht, den Umfang der Förderung zusätzlicher Ausbildungsplätze im Ausbildungsprogramm Ost 2004, wie von der Bundesregierung geplant, zu verringern, und eine Größenordnung wie im Vorjahr von insgesamt 14 000 Plätzen für dringend erforderlich hält“?

Wolf-Michael Catenhusen, Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung:

Der Hauptausschuss des BIBB hat der Stellungnahme der Beauftragten der Länder zum Berufsbildungsbericht 2004 am 10. März 2004 zugestimmt, der den von Ihnen in der Frage richtig dargestellten Wortlaut umfasst. Der Bund hat hinsichtlich der Beschlussfassung zum Berufsbildungsbericht 2004 gemäß Berufsbildungsförderungsgesetz kein Stimmrecht; insofern hat dieser Hauptausschuss nicht viertelparitätisch beschlossen. Der Bund war an dieser Beschlussfassung nicht beteiligt.

Wir sehen in diesem Beschluss vor allen Dingen die Erwartung, dass es zu einer stabilen finanziellen Lösung für die Schließung der Ausbildungsplatzlücke in den neuen Bundesländern kommt. Ich denke deshalb, dass der Zusammenhang zwischen den Bemühungen, die Verantwortung der Wirtschaft für die Berufsausbildung generell durch das Berufsausbildungssicherungsgesetz und einen Pakt für Ausbildung nachhaltig zu stärken, und einem Ausbildungsprogramm Ost 2004 nüchtern überprüft werden muss. Zum Zeitpunkt dieses Beschlusses vom 10. März dieses Jahres waren weder

die Details der jetzigen Fassung des Gesetzentwurfes noch die „Offerte“, einen Pakt für Ausbildung zu schließen, bekannt. Ich glaube, wir müssen die Erwartungen erfüllen, dass es hier keinen Einbruch bei der Finanzierung gibt. Wir müssen im Interesse der Betroffenen die Kontinuität sicherstellen. Es darf durch Probleme im Verfahren nicht zu einer Finanzierungslücke kommen. Das können wir in aller Ruhe sicherstellen.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Ihre Zusatzfragen, bitte.

Petra Pau (fraktionslos):

Herr Staatssekretär, wir mögen diese Hoffnung und Zukunftsaussichten zumindest zum Teil teilen. Trotzdem frage ich nach: Ist der Bundesregierung bekannt, dass die neuen Länder und Berlin zumindest bis zu diesem Jahr zusätzlich zum Bund-Länder-Sonderprogramm Programme auflegen und schulische Ausbildungsgänge erheblich ausweiten mussten, um möglichst viele Jugendliche unterzubringen? Sind Sie auch dahin gehend optimistisch, dass das in Zukunft nicht mehr notwendig ist?

Wolf-Michael Catenhusen, Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung:

Diese Hoffnung habe ich. Das Ganze ist aber erst dann klar, wenn wir wissen, auf welcher Basis die weitere Finanzierung der beruflichen Bildung erfolgt.

Zu Ihrem zarten Hinweis auf die Aktivitäten der Länder: Die Ausbildungsplatzsituation hat in diesem und im letzten Jahr in Ost wie in West dazu geführt – das verdrängen Vertreter der Wirtschaft in der öffentlichen Debatte manchmal –, dass die Zahl von schulischen Berufsausbildungsplätzen deutlich gestiegen ist. Das sehen Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Sachsen und Brandenburg übrigens völlig übereinstimmend so.

Zur Finanzierung von zusätzlichen Ausbildungsplätzen darf ich auf Folgendes hinweisen: Unter Berücksichtigung, dass Bund und Länder im Bund-Länder-Programm jeweils 50 Prozent der Plätze finanzieren und der Bund die Plätze aus dem Jugendsofortprogramm alleine finanziert, ist der Anteil des Bundes an der gesamten Finanzierung von 29,6 Prozent im Jahr 1997 auf 42,5 Prozent im vergangenen Jahr gestiegen. Der Anteil des Bundes bei der Finanzierung von Programmen hat sich also dramatisch verstärkt. Dies muss man deutlich sagen.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Ihre zweite Zusatzfrage, bitte.

Petra Pau (fraktionslos):

Herr Staatssekretär, abschließend wüßte ich gern, auch mit Blick auf die Debatte und die Abstimmung am Freitag, woraus sich Ihr Optimismus speist, dass wir die Lage auf dem Ausbildungsmarkt innerhalb von drei Monaten – das ist der Zeitraum, um den es geht – so positiv verändern können, dass wir am Ende des Monats September feststellen können, dass ein großer Schritt nach vorne gemacht werden konnte. Meine Erfahrung aus all den Reformen des vergangenen Jahres ist, dass wir nach Verabschiedung der Gesetze, ob nun mit der Mehrheit der Koalition oder der Mehrheit von konservativer Opposition und Koalition, mindestens ein halbes Jahr nacharbeiten mussten, um allein die handwerklichen Mängel der Gesetze zu beseitigen und die Gesetzeswerke umsetzen zu können.

Wolf-Michael Catenhusen, Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung:

Ich habe meinen Optimismus in dem Sinne eingeschränkt geäußert, dass spätestens bis zur Sommerpause die Rahmenbedingungen klar sind, unter denen über die Fortsetzung und den Umfang der Ausbildungsplatzsonderprogramme in den neuen Bundesländern entschieden werden kann. Politik sollte aber nie Wunder versprechen, vor allem nicht solche, die in Wochen wirken.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Damit sind wir am Ende dieses Themenbereiches. Vielen Dank, Herr Staatssekretär, für die Beantwortung der Fragen.